

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 31.03.2014, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 20.03.2014

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.03.2014**
- TOP 4 Einwohnerfragestunde**
- TOP 5 60. Änderung des Flächennutzungsplans - Wohngebiet Am Stratjebusch
Vorlage: 2014/051**
- TOP 6 Bebauungsplan 99 A - Wohngebiet Am Stratjebusch
Vorlage: 2014/052**
- TOP 7 Aufstellung einer Satzung zur Regelung der Außenwerbung
Vorlage: 2014/047**
- TOP 8 Planfeststellung für den Planfeststellungsabschnitt 1 - Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven
Vorlage: 2014/054**
- TOP 9 Umsetzung Windpotenzialstudie
Vorlage: 2014/046**

Einladung

- TOP 10 Deckenprogramm 2014 / 2015**
Vorlage: 2014/026
- TOP 11 Spielplatzkonzept der Gemeinde Rastede**
Vorlage: 2014/018
- TOP 12 Einwohnerfragestunde**
- TOP 13 Schließung der Sitzung**

Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2014/051**freigegeben am **20.03.2014****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 18.03.2014**60. Änderung des Flächennutzungsplans - Wohngebiet Am Stratjebusch****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	31.03.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	01.04.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf zur 60. Änderung des Flächennutzungsplans – Wohngebiet Am Stratjebusch wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 31.03.2014 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf zur 60. Änderung des Flächennutzungsplans – Wohngebiet Am Stratjebusch einschließlich Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 28.01.2014 die frühzeitige Bürgerbeteiligung und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2013/188).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 07.02.-07.03.2014 statt. Wesentliche Anregungen wurden vom Landkreis Ammerland, der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr sowie zwei Bürgern vorgetragen.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Nunmehr kann die öffentliche Auslegung beschlossen werden. Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann & Mosebach gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Umweltbericht
4. Faunistischer Fachbeitrag mit Anlagen
5. Biotopkartierung
6. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2014/052**

freigegeben am 20.03.2014

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 18.03.2014**Bebauungsplan 99 A - Wohngebiet Am Stratjebusch****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	31.03.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	01.04.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 31.03.2014 berücksichtigt.
2. Dem Entwurf des Bebauungsplans 99 A – Wohngebiet Am Stratjebusch mit örtlichen Bauvorschriften einschließlich Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 28.01.2014 (s. Vorlage 2013/187) hat die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vom 07.02.-07.03.2014 stattgefunden.

Unabhängig von den Beteiligungsverfahren hat die Verwaltung ihre Überlegungen hinsichtlich der Schaffung von Bauplätzen für Mehrfamilienhäuser im westlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans konkretisiert. Daher wurde der Bereich, in dem die Errichtung von Mehrfamilienhäusern zulässig sein kann, vergrößert und der Straßenverlauf gegenüber der Vorentwurfsplanung verändert. Die Überlegungen zum konkreten Umgang mit Bauplätzen für Mehrfamilienhäuser werden im Zuge weiterer politischer Beratungen erläutert werden.

Wesentliche Anregungen zum Vorentwurf wurden vom Landkreis Ammerland (Nähe zum Stratjebusch, Umgang mit dem zur Erhaltung vorgesehenen Biotop, Lärmschutz) der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (Lärmschutz) sowie zwei Bürgern (Erhalt vorhandener Gehölze, Ausbauplanung Am Stratjebusch) vorgetragen. Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Nunmehr kann die öffentliche Auslegung beschlossen werden. Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann & Mosebach gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Umweltbericht
4. Faunistischer Fachbeitrag mit Anlagen
5. Biotopkartierung
6. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2014/047**freigegeben am **18.03.2014****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 17.03.2014**Aufstellung einer Satzung zur Regelung der Außenwerbung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	31.03.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	13.05.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 31.03.2014 berücksichtigt.
2. Dem Entwurf der Satzung zur Regelung der Außenwerbung einschließlich Begründung wird zugestimmt.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Mit Vorlage 2013/054 war beschlossen worden, eine Satzung zur Regelung der Außenwerbung in verschiedenen Teilen des Gemeindegebietes aufzustellen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde zwischenzeitlich durchgeführt.

Dabei wurde der räumliche Geltungsbereich im Ortsteil Rastede auf die Oldenburger Straße zwischen den Einmündungen Am Vorwerk und Auf der Raade sowie die Einmündungsbereiche der Raiffeisenstraße, der Kleibroker Straße sowie die Bahnhofstraße angepasst.

Im Ortsteil Hahn-Lehmden umfasst der Geltungsbereich die Wilhelmshavener Straße zwischen den Einmündungen Meenheitsweg und Wiefelsteder Straße.

Wesentliche Stellungnahmen sind vom Landkreis Ammerland, der Handwerkskammer Oldenburg und der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer eingegangen. Zudem hat eine Abstimmung zwischen Verwaltung, HGV und Residenzort Rastede GmbH stattgefunden. Von Seiten der Öffentlichkeit sind keine Stellungnahmen vorgetragen worden.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Nunmehr kann die öffentliche Auslegung beschlossen werden. Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Boner+Partner gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Satzungstext
2. Karte Geltungsbereich Rastede
3. Karte Geltungsbereich Hahn-Lehmden
4. Begründung
5. Abwägung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/054

freigegeben am **18.03.2014**

GB 3

Sachbearbeiter/in:

Datum: 18.03.2014

Planfeststellung für den Planfeststellungsabschnitt 1 - Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	31.03.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	01.04.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Wird zur Sitzung / im Rahmen der Sitzung vorgelegt.

Sach- und Rechtslage:

Die Planfeststellung für den Planfeststellungsabschnitt 1 (PFA) von Oldenburg bis zum Schnittpunkt Bahnstrecke / BAB 29 (Südende) hat begonnen.

Eine Stellungnahme muss bis zum 3. April 2014 beim Landesverwaltungsamt in Hannover, bei der Gemeinde Wiefelstede oder der Gemeinde Rastede erfolgt sein.

Hinsichtlich einer noch zu verfassenden Stellungnahme hat sich die Gemeinde Rastede die Dienste von Herrn Prof. Dr. Stühr gesichert. Herr Stühr hat bei den PFA 2 und 3 bereits die Gemeinde beraten.

Aufgrund seiner Stellungnahme ist es gelungen einen weitergehenden Lärmschutz als geplant zu erhalten. Außerdem hat er den Kompromiss hinsichtlich des vorgezogenen passiven Lärmschutzes für die Stadt Oldenburg und somit auch für Neusüdende erstritten.

Die Gemeinde ist vor allem an einer Klärung hinsichtlich des zukünftig entfallenden Schienenbonus beim Lärmschutz und der Teilung des Planfeststellungsabschnittes an der Stadt- / Gemeindegrenze interessiert.

Diese Stellungnahme wird erst am 21. März im Rahmen eines Gesprächstermines konkret erarbeitet und im Rahmen der Sitzung erläutert werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Stellungnahme der Gemeinde Rastede.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/046

freigegeben am **18.03.2014**

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 17.03.2014

Umsetzung Windpotenzialstudie

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	31.03.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	13.05.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die weiteren Planungsüberlegungen zu einer möglichen Entwicklung von Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ausbau von Windenergieanlagen in der Gemeinde Rastede werden mindestens bis zur Bekanntgabe des überarbeiteten „Erneuerbare Energien Gesetz“ zurückgestellt.

Sach- und Rechtslage:

Mit Vorlage 2013/175 wurden im Rahmen der Sitzung des Bauausschusses am 18.11.2013 die Ergebnisse der kreisweit erarbeiteten Windpotenzialstudie vorgestellt. In diesem Zusammenhang wurde als Zeitkorridor für weitere Überlegungen in diesem Kontext das erste Quartal 2014 festgelegt.

Gemessen an den Überlegungen, die seinerzeit jedenfalls auch mit als Entscheidungskriterium für die Beteiligung an einer Windpotenzialstudie durch die Gemeinde Rastede herangezogen worden waren, haben sich bedingt durch die Neuwahl des Bundestages und die sich daraufhin ergebenden Koalitionsvereinbarungen die Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Zielsetzung der neuen Bundesregierung ist es, auch unter dem Blickwinkel der Kostenentwicklung in der Vergangenheit die Erneuerbaren Energien einer Überprüfung zu unterziehen und diese Überlegungen in einer Neufassung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) zu verankern.

Bislang zeichnen sich allerdings nur erste Vorüberlegungen ab. Die Belebung des Nachfragesektors, die Konzentration auf wesentliche windhöffige Flächen oder auch die möglicherweise geplante deutlich degressive Entwicklung von Einspeisevergütungen stellen nur mögliche Teilausschnitte eines Konzeptes dar, welches in einem ersten Gesetzentwurf frühestens nach Ostern 2014 münden soll.

Ob und inwieweit die bislang bekannt gewordenen Parameter auch dazu führen könnten, Überlegungen der Gemeinde hinsichtlich einer breiten Beteiligung der Bevölkerung im Falle einer möglichen Umsetzung noch realisieren zu können, ist unklar. Gespräche mit Betreibern und Projektentwicklern von Windenergieanlagen zeigen, dass bis zum Bekanntwerden der neuen Bedingungen des EEG Aktivitäten ruhen. Die jetzige Zeitvorstellung der Bundesregierung sieht vor, die Neufassung des EEG voraussichtlich zum 01.01.2015 in Kraft zu setzen.

Ob und inwieweit die zuvor beschriebenen Änderungsüberlegungen auch Auswirkungen haben können auf die Auswahl von Standorten, kann zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls nicht geklärt werden. Sicher scheint lediglich, dass eine sogenannte Länderöffnungsklausel im Spätsommer des Jahres in Kraft treten soll, die die Abstandsbemessung von Windenergieanlagen an ihrer jeweiligen Höhe festmacht.

Die Verwaltung hat die gemeinsam mit den übrigen Gemeinden des Landkreises erarbeitete Windpotenzialstudie auf diese möglichen Entwicklungen hin untersucht. Soweit bei einer künftigen Ausdehnung von Konzentrationsflächen für Windenergie die bislang zugrunde gelegte Gesamthöhe von 190 m unterschritten wird, würden sich weitere Potenzialflächen in der Gemeinde ergeben und müssten aufgrund des notwendigen Abwägungsvorgangs auch in eine Gesamtüberlegung eingestellt werden.

Wenn und soweit darüber hinaus die Rechtsprechung, wie aus anderen Bundesländern, bestätigen sollte, dass jedenfalls Landschaftsschutzgebiete nicht automatisch zu sogenannten harten Tabuflächen erklärt werden können, mögen deshalb auch Bereiche wieder in der Abwägung Berücksichtigung finden, die zumindest nach den bisherigen Überlegungen der politischen Gremien nicht weiter Gegenstand der Betrachtung sein sollten.

Die Verwaltung hatte ebenfalls in der Zwischenzeit Kontakt auf Verwaltungsebene mit anderen Nachbarkommunen, die zwar die grundsätzliche Bereitschaft zu Überlegungen hinsichtlich einer möglichen interkommunalen Lösung erklärt haben, allerdings ebenfalls die weitere Entwicklung abwarten wollen.

Aufgrund der somit unbekannten Bedingungen in Bezug auf die Entwicklung und künftige Ausgestaltung von Windenergieanlagen schlägt die Verwaltung vor, die Angelegenheit zurückzustellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Zurzeit keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/026

freigegeben am **20.03.2014**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Dennis Thoben

Datum: 25.02.2014

Deckenprogramm 2014 / 2015

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	31.03.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	01.04.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Das Deckenprogramm 2014 wird auf der Grundlage der aktualisierten Planung gemäß Anlage 1 zu dieser Vorlage durchgeführt.
2. Das Deckenprogramm 2015 wird gemäß Anlage 2 dieser Vorlage durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Aufgrund des Beschlusses zum Deckenprogramm 2014 / 2015 (Vorlagen-Nr. 2013/161) sind zwischenzeitlich die mit Asphaltdecken vorgesehenen Maßnahmen weiteren Untersuchungen unterzogen worden. Diese Untersuchungen bilden die Grundlage für die dann durchzuführende Form und den Umfang der Instandsetzung.

In zwei Fällen wurde bei den Untersuchungen festgestellt, dass sich in ihnen Bestandteile befinden, die in dieser Form nicht mehr im öffentlichen Straßen- und Wegebau Verwendung finden dürfen. Der insoweit erforderlich werdende vollständige Abtrag der entsprechenden Schichten im Straßenbau führt im Einzelfall zu deutlich höheren Kosten, was eine Veränderung im Umfang der Maßnahmen nach sich zieht, wenn die Budgetobergrenze nicht überschritten werden soll.

Im Einzelfall handelt es sich hierbei um Mehrkosten bei der Baumaßnahme „Am Heidkamp“ in Höhe von 24.000 € und bei der „Mühlenstraße“ in Höhe von ca. 23.000 €.

Daneben wurde im Hinblick auf die zwischenzeitlichen Beratungen auch der Kostenumfang für die gewollte Asphaltierung der Straße „Huntorfer Damm“ anstelle der ursprünglich vorgesehenen Beschotterung ermittelt. Entgegen der ursprünglichen Überlegung einer abschnittsweisen Durchführung konnte im Rahmen der weiteren Konkretisierung des Maß-

nahmenkatalogs erreicht werden, dass die Sanierung nun in einem Abschnitt 2014 durchgeführt werden kann.

Im Hinblick auf die Budgetobergrenze wurden insbesondere bei den belasteten Fahrbahnen veränderte Bauabschnitte gewählt, die in der Anlage 3 zu dieser Vorlage jeweils im Einzelnen dargestellt sind. Das festgelegte Gesamtbudget für 2014 und 2015 mit jeweils 500.000 Euro ändert sich nicht.

Durch die insoweit bereits für das Haushaltsjahr 2014 notwendigen Veränderungen ergeben sich auch für das Haushaltsjahr 2015 Veränderungen des Umfangs. Der Vollständigkeit halber sind sämtliche in den Haushaltsjahren vorgesehenen Maßnahmen in den Anlagen 1 und 2 dieser Vorlage nochmals dargestellt. Bei entsprechender Beschlussfassung wird eine haushaltsrechtliche Beordnung für das Haushaltsjahr 2015 vorgenommen.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel für das Deckenprogramm 2014 stehen im Umfang von 500.000 € im Haushaltsplan zur Verfügung.

Anlagen:

- Anlage 1 - Maßnahmen im Deckenprogramm 2014
- Anlage 2 - Maßnahmen im Deckenprogramm 2015
- Anlage 3 - Übersicht der einzelnen Bauabschnitte

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/018

freigegeben am **20.03.2014**

GB 3

Sachbearbeiter/in: **Herr Jörn Rabius**

Datum: 21.02.2014

Spielplatzkonzept der Gemeinde Rastede

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	31.03.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	13.05.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Festlegung der Kategorien für die gemeindeeigenen Kinderspielplätze und deren Zuordnung wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Beratungen des Bauausschusses einen „Musterspielplatz“ zu planen und herzurichten, der die Grundlage für die weitere Ausgestaltung von Kinderspielplätzen in der Gemeinde Rastede bildet.

Sach- und Rechtslage:

Mit Vorlage 2012/242 ist die Erstellung eines Spielplatzkatasters beschlossen worden. Dieses Kataster wurde zwischenzeitlich erstellt. Dabei wurde zugrunde gelegt, dass Spielplätze neben Ausstattungsmerkmalen insbesondere bestimmte Erreichbarkeitsradien erfüllen müssen, damit sie für die typische Hauptnutzergruppe (Kinder im Alter zwischen 3 und 12 Jahren) überhaupt attraktiv für das Aufsuchen dieser Plätze sind. Hierfür wurde in Anlehnung an das frühere Niedersächsische Spielplatzgesetz eine Reihe von Parametern übernommen, wobei hinsichtlich der Erreichbarkeit nicht nur die Entfernung an sich, sondern auch Störungen und / oder Gefahrenpunkte in Form von verkehrsbelasteten Straßen besondere Berücksichtigung fanden.

Spielplätze sind mit einem Bezug zu einem bestimmten Bereich auch der dortigen gesellschaftlichen Entwicklung unterworfen. Folglich gibt es Bereiche im Gemeindegebiet, in denen jedenfalls zurzeit nur sehr wenige oder gar keine Kinder der gewollten Zielgruppe leben. Gleichwohl sind, aufgrund der öffentlichen Zugänglichkeit, die Spielplätze permanent verkehrssicher zu halten, insbesondere auch bezogen auf die technisch und finanziell aufwendigen Spielgeräte.

Würde man, jedenfalls bis zu dem Zeitpunkt in dem erkennbar (wieder) Kinder vorhanden wären, die insoweit nicht benötigten Spielgeräte abbauen und diese Plätze als (bloße) Grünfläche herrichten, wäre immer noch eine Nutzung möglich.

Neben dieser Überlegung zur temporären Auflösung von Spielplätzen gibt es Flächen, die zwar zu einem früheren Zeitpunkt als Spielplatz vorgesehen waren (z. B. als Verpflichtung aus dem früheren Spielplatzgesetz heraus), die allerdings nie hergerichtet wurden. Dies erfolgte in aller Regel (wohl) dann, wenn beispielsweise die Fläche ungünstig lag oder nie nachgefragt wurde oder bereits bei der Errichtung, weil eine zeitnahe Errichtung von neuen Spielplätzen in unmittelbarer Nähe bei Ausweisung neuer Baugebiete vorgenommen wurde, die Inbetriebnahme quasi überflüssig war.

Tatsächlich gibt es diese zum Teil noch in Bebauungsplänen als Spielplatz ausgewiesenen Flächen bis heute. Eine Nachfrage oder ein erkennbarer Bedarf nach einem Spielplatz an dieser Stelle hat allerdings nie bestanden und zeichnet sich auch nicht ab.

Als weitere Unterform nicht mehr benötigter Spielplätze sind die Bereiche zu nennen, die durch Überlagerung mit attraktiveren, neueren Spielplätzen ihre funktionale Bedeutung auch unter Berücksichtigung des Erreichbarkeitsradius verloren haben.

Aus Sicht der Verwaltung erscheint es nicht sinnvoll, diese Flächen über den tatsächlichen Bedarf eines Bereiches hinaus vorzuhalten, da die fehlende Nachfrage aufgrund der Anzahl der wenigen Kinder in einem dann sehr kleinen Bereich - soweit überhaupt noch vorhanden - finanzielle Ressourcen erfordert, die den „Hauptspielplätzen“ in einer Gesamtbetrachtung fehlen.

Die Bereiche, die den vorgenannten Typus eines Spielplatzes (Kategorieziffer 2 = Temporäre Aufgabe / Kategorieziffer 3 = Umwandlung ohnehin nicht genutzter Flächen / sich überlagernder Bereiche) unberücksichtigt lässt, verbleiben als Flächen der Kategorie 1 und damit Spielplätze, die in jedem Falle zu erhalten sind.

Nach Festlegung dieser Kategorie müsste im nächsten Schritt festgelegt werden, welche aktuellen Anforderungen ein solcher Spielplatz erfüllen muss und welche Erkenntnisse hierbei berücksichtigt werden sollten.

Die Kosten für einen Spielplatz belaufen sich heute, obwohl in Einzelfällen sicherlich Verbesserungsbedarf angezeigt wäre, auf über 3.000 € je Platz je Jahr ohne Investitionskosten und damit verbundenen kalkulatorischen Aufwendungen. Soweit also die Anzahl der Spielplätze reduziert werden würde, könnte bei gleichem Aufwand die Wertigkeit der vorhandenen Plätze erhöht werden.

Dies betrifft nicht nur die Infrastruktur, selbstverständlich unter Berücksichtigung von Sandflächen und Spielgeräten einschließlich der Bepflanzung als quasi technische Bestandteile, sondern auch die Einbeziehung aktueller pädagogischer Anforderungen. Denkbar wäre, dass ein „Musterspielplatz“ hergerichtet wird, der bei entsprechender Beschlussfassung die Grundlage für die zukünftige Ausstattung von Spielplätzen in der Gemeinde Rastede darstellen könnte.

Bei der Einordnung der Kinderspielplätze in die verschiedenen Kategorien aus verkehrlicher Sicht wurden zumutbare Entfernungen zugrunde gelegt. In der Anlage 2 ist die Übersicht der Spielplätze mit der Einordnung in die Kategorien 1 – 3 dargestellt. Die fußläufige Verbindung zum Erreichen der Spielplätze liegt in der Größenordnung von bis zu max. 800 m.

Unter Berücksichtigung der zuvor genannten Kriterien ergeben sich für die verschiedenen Einzugsbereiche nachstehende Einordnungen:

Einzugsgebiet I - Hahn Lehmden

Dieses Einzugsgebiet liegt nördlich des Nethener Weges und beinhaltet die Spielplätze Sanddornweg, Rotdornweg und Am Schießstand. Alle Spielplätze sind in die Kategorie 1 einzustufen:

Sanddornweg	Kategorie	1
Rotdornweg	Kategorie	1
Am Schießstand	Kategorie	1

Einzugsgebiet II - Hahn Lehmden

Dieses Einzugsgebiet liegt südlich des Nethener Weges. In diesem Gebiet befinden sich die Spielplätze Lerchenstraße und Rosenstraße. Alle Spielplätze sind in die Kategorie 1 einzustufen:

Lerchenstraße	Kategorie	1
Rosenstraße	Kategorie	1

Einzugsgebiet III - Nethen

Dieses Einzugsgebiet umfasst den Bereich Lange Reihe, Mittelweg, Hirtenweg und Kreyenstraße. In dem Einzugsgebiet gibt es zurzeit keinen Spielplatz. Ein Spielplatz wäre hier sinnvoll, jedoch sind die Bemühungen der Gemeinde bisher an der fehlenden Verkaufsbereitschaft gescheitert.

Einzugsgebiet IV - Rastede

Dieses Einzugsgebiet wird von der Mühlenstraße, der Oldenburger Straße, dem Tegelbusch und dem Bereich Göhlen eingerahmt. Es befinden sich 11 Spielplätze in dem Einzugsgebiet:

Thüringer Straße II	Kategorie	1
Kögel-Willms-Platz	Kategorie	1
Bachstraße	Kategorie	1
Bogenstraße	Kategorie	1
Koppelweg	Kategorie	1
Johann-Hinrich-Wichern-Straße	Kategorie	2
Am Hankhauser Busch	Kategorie	3
Am Brook	Kategorie	3
Thüringer Straße I	Kategorie	3
Am Horstbusch	Kategorie	3
Ziegelstraße	Kategorie	3

Einzugsgebiet V - Kleinenfelde und Rastede II

Das Einzugsgebiet liegt westlich der Oldenburger Straße. In diesem Einzugsgebiet liegen drei Spielplätze: Auf der Raade, Goethestraße und Jan-Eilers-Straße. In diesem Einzugsgebiet werden zwei Spielplätze in die Kategorie 1 und einer in die Kategorie 3 eingestuft:

Auf der Raade	Kategorie	1
Goethestraße	Kategorie	1
Jan-Eilers-Straße	Kategorie	3
Auf der Raade II (zurzeit nur Grünfläche)	Kategorie	3

Einzugsgebiet VI - Leuchtenburg

Dieses Einzugsgebiet liegt im Bereich der Raiffeisenstr., der Autobahn, der Leuchtenburger Str. und der Metjendorfer Straße. In dem Bereich befindet sich der Spielplatz Am Heerweg:

Am Heerweg	Kategorie	1
------------	-----------	---

Einzugsgebiet VII - Südende I und Südende II

Das Einzugsgebiet liegt westlich der Oldenburger Straße und wird im nördlichen Bereich durch den Buschweg und im westlichen Bereich durch die Bahnlinie begrenzt. In dem Gebiet befinden sich die Spielplätze Morissestraße, Gartenstraße, Stollenkamp und Zum Damm:

Morissestraße	Kategorie	1
Gartenstraße	Kategorie	1
Stollenkamp	Kategorie	1
Zum Damm	Kategorie 1	

Einzugsgebiet VIII - Hankhausen

Das Einzugsgebiet liegt östlich der Oldenburger Straße und wird von der Parkstraße und der Straße Am Hardenkamp begrenzt. In dem Gebiet befindet sich ein Spielplatz. Dieser liegt im Baugebiet „Südlich Schlosspark“:

Adelheidstraße	Kategorie	1
----------------	-----------	---

Einzugsgebiet IX - Lauwstraße

Das Einzugsgebiet liegt im Gebiet des Eichenbruchs. Es befindet sich nur ein Spielplatz in dem Gebiet:

Lauwstraße	Kategorie	1
------------	-----------	---

Einzugsgebiet X - Loy

Das Einzugsgebiet umfasst den Raum Loy und Barghorn. In diesem doch recht großen Gebiet befinden sich lediglich die Spielplätze Barghorner Weg und Kamphof:

Barghorner Weg	Kategorie	1
Kamphof	Kategorie	1

Einzugsgebiet XI – Wahnbek:

Das Einzugsgebiet liegt westlich der Butjadinger Straße. Hier befinden sich 5 Spielplätze: Willehadstraße, Saalestraße, Oderstraße, Berneweg und Allerstraße:

Willehadstraße	Kategorie	1
Saalestraße	Kategorie	1
Oderstraße	Kategorie 1	
Allerstraße	Kategorie	1
Berneweg (zurzeit nur Grünfläche)	Kategorie 3	

Einzugsgebiet XII - Wahnbek

Das Einzugsgebiet liegt östlich der Butjadinger Straße. Im Gebiet befinden sich die Spielplätze Fichtenstraße und Eibenstraße:

Fichtenstraße	Kategorie	1
Eibenstraße	Kategorie	1

Finanzielle Auswirkungen:

Im Rahmen der Sachverhaltsdarstellung wurde bereits ausgeführt, dass die Kosten insgesamt bei über 37 Spielplätzen im Jahr rund 100.000 € ohne Investitionskosten, basierend auf der heutigen Ausstattung und dem heutigen Zustand, betragen. Wesentliche Kostenanteile resultieren vor allem aus von der Rechtsprechung geforderten Verkehrssicherung in Form von regelmäßiger Kontrolle der Funktion der Spielgeräte und des Zustandes des Platzes. Ob und wie sich diese Kosten verändern, kann erst dann beurteilt werden, wenn feststeht, welche Spielplätze tatsächlich verbleiben und welcher Ausstattungsgrad künftig gewünscht ist.

Anlagen:

Anlage 1 – Bestandsverzeichnis

Anlage 2 – Erreichbarkeit der Spielplätze